

Handelsblatt Nr. 169 vom 02.09.2010 Seite 6

02.09.2010

Meinung

## Das deutsche Paradox

**Der Republik geht es gut, doch die Kanzlerin ist unbeliebt - wie passt das zusammen?  
Das Wahlvolk vermisst soziale Balance und wünscht sich einen anderen Regierungsstil.**

### Anlagen:

#### PDF-Artikel



[PDFH20100902006.pdf](#)

Josef Joffe Der Korrespondent einer großen amerikanischen Zeitung ruft an: Ob ich ihm ein merkwürdiges deutsches Paradox erklären könne? Dem Land geht's gut, gar prächtig im Vergleich, der Kanzlerin aber schlecht.

In der Tat. Derweil Washington und London zweistellige Defizite fahren, sinkt das deutsche Richtung drei Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist wieder da, wo sie vor dem Crash war; im Herbst werde sie gar unter drei Millionen sinken, glaubt die Bundesagentur. Der Export boomt, die Unternehmen suchen nach Fachkräften. Und die Kanzlerin?

Vor drei Jahren jubelte "Die Welt": "Nie zuvor war ein deutscher Regierungschef so beliebt wie Angela Merkel"; drei Viertel der Befragten wollten sie als Regierungschefin behalten. Heute meldet der "DeutschlandTrend" der ARD, dass gerade mal 41 Prozent ihre Arbeit gut fänden. Vor ihr liegen sechs andere Regierungsmitglieder, an der Spitze der Tausendsassa zu Gutenberg mit 71 Prozent.

Warum Obama in der Wählergunst fällt und fällt, ist so einfach zu erklären wie die Pfütze nach dem Regen. Die Arbeitslosigkeit rührt sich nicht vom Fleck, der Wirtschaft dräut der Double-Dip. Doch Merkel? Eine Antwort liefert der DeutschlandTrend. An vorvorletzter Stelle steht Merkels Vizekanzler Westerwelle mit 22 Prozent. In der Kellerwohnung der Wählergunst hat schon lang kein Außenminister mehr residiert; Fischer und Genscher räkelten sich immer im Penthouse.

Mag sein, dass dem FDP-Chef die Gravitas fehlt, die der Ex-Turnschuh-Träger Fischer rasch einstudieren konnte. Doch das tiefere Problem ist ein strukturelles. Die "Traumhochzeit" von Union und FDP 2009 war keine; beide hatten sich mit dem Falschen ins Bett gelegt.

Merkels CDU rückte stetig nach links, die FDP blieb da, wo eine klassisch liberale Partei hingehört: mehr Markt, weniger Steuern. Die junge Ehe ist wie eine schlechte alte. Am Frühstückstisch Schweigen, der Rest des Tages Verdächtigung, Gereiztheit, Krach. Der liebe Vetter - Seehofer und seine CSU - giftet gegen beide, hat aber vier Jahre lang Wohnrecht.

Der Deutsche als solcher mag keinen Parteienstreit, erst recht nicht innerhalb der Regierung. Das Machtwort der Chefin aber kam und kommt nicht. Die "Pressbengel" (Bismarck) haben Merkel seit jeher angekreidet, sie führe nicht oder nur wie ein Schäfer aus der Mitte. Das Nörgeln hat sie jahrelang nicht bekümmert, zu Recht, weil die Schafe brav blieben und die paar schwarzen verschwanden - mal verstoßen, mal vergrätzt. Irgendwann aber läuft die Methode Merkel nicht mehr: die Kräfte präzise messen; abwarten, bis sich der Trend formiert, dann ein paar Grad nach links oder rechts. Es fehlen ihr inzwischen auch die schwarzen Schafe, die kräftigen und willensstarken. Gut gepflegt, mutieren sie nämlich zu Leithammeln, die beim Führen helfen.

Die sind heute bitter nötig, weil die Herde verwirrt ist. Eine klare Mehrheit der Deutschen glaubt, dass es in der Wirtschaft bergauf geht. Aber fast vier Fünftel meinen: Den Unternehmen geht es gut, aber die Beschäftigten merken nichts davon. Dies, obwohl die Reallöhne wieder leicht steigen.

Es zeigt sich ein klassisches Phänomen aller demokratischen Politik: Das Wahlvolk kürt nicht, sondern wählt ab. Das Gras ist immer grüner auf der anderen Seite, buchstäblich. In der schwarz-gelben Hochburg Baden-Württemberg sind die Grünen in den Umfragen auf den unglaublichen Wert von 24 Prozent gestiegen, gleichauf mit der SPD. Rot-Grün liegt fünf Punkte vor Schwarz-Gelb. Bundesweit bekommt Rot-Grün 47 Prozent, was für die absolute Mehrheit der Sitze reichen könnte. Schwarz und Gelb kommen nur auf 35 Prozent.

Nun sagt die Wahlforschung auch: Ruhe bewahren. Stimmungen sind nicht gleich Stimmen. Gewählt wird im Bund erst 2013, und 24 Stunden sind eine Ewigkeit in der Politik. Bloß ändert das nicht die Grundströmung. Die Deutschen wünschen sich einen entschlossenen, führungsstarken Kanzler, sagen sie jedenfalls, keine Merkel, die mal die Atomlaufzeiten verkürzen, mal verlängern will.

Nur werden sie keine andere kriegen. Politiker können ihre Richtung verändern, nicht aber ihren Stil. Die marktradikale Merkel von 2003 hat sich nach 2005 zur Sozialdemokratin gemausert, aber nicht zu einer rötlichen Maggie Thatcher. "Wysiwyg" heißt das auf Computer-Sprech: What you see is what you get.

Das reicht nicht mehr, aber bis zur nächsten Wahl muss das Merkel nicht bekümmern. Das Gerede von der Abspaltung des "echt" konservativen Flügels wird genauso Gerede bleiben wie die Suche nach dem "weißen Ritter", der Merkel den Parteivorsitz nimmt. Die Leithammel von einst sind alle weg. Und die kleinen Granden, etwa zu Guttenberg oder von der Leyen, sind noch nicht groß genug, um den Aufstand zu wagen. Wenn doch nur die Wirtschaft bis 2013 weiterbrummt.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und lehrt an der Stanford-Universität. Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)

Joffe, Josef

**SE** (Seite):

006

**DE** (Thema):

Innenpolitik; Innenpolitik und Staat;

**CN** (Land):

Bundesrepublik Deutschland C4EUGE;

**CO** (Unternehmen):

Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU; Freie Demokratische Partei FDP;